

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Jan Korte, Ulla Jelpke, Kersten Naumann  
und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Illegaler Datenhandel**

Seit August 2008 kursieren in den Medien und der Öffentlichkeit unterschiedliche Berichte über den illegalen Handel mit persönlichen Daten von Millionen von Bundesbürgern. Die Angaben schwanken zwischen 10 bis 20 Millionen Datensätzen. Mehrere Büroräume wurden in den vergangenen Wochen durchsucht, Ermittlungen gegen etwa ein Dutzend Firmen laufen. Für September 2008 haben sowohl der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble (CDU), als auch der Vorsitzende des Innenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), zu Beratungen über den aktuellen Fall des illegalen Datenhandels geladen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Gegen wie viele Firmen wird im Zusammenhang mit dem „illegalen Datenhandel“ derzeit von wem ermittelt (bitte einzeln auflisten)?
2. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Daten deutscher Bürgerinnen und Bürger auf dem „illegalen Datenhandelmarkt“ im Umlauf waren oder sind?
3. Wird im Zusammenhang mit dem „illegalen Datenhandel“ auch gegen ausländische Firmen ermittelt?
4. Sind in diesem Zusammenhang der Bundesregierung auch Informationen zugetragen worden, die darauf schließen lassen, dass in Deutschland auch mit Daten von Bürgern aus anderen EU-Mitgliedstaaten illegaler Handel getrieben wurde?
  - a) Wenn ja, um wie viele Datensätze handelt es sich hierbei?
  - b) Angehörige welcher Staaten sind davon betroffen?
5. Zu welchem Zeitpunkt erhielten die Bundesregierung oder ihr unterstellte Ämter, Behörden oder Dienste Kenntnis von einem „illegalen Handel“ mit personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit der aktuellen Berichterstattung stehen, und wer wurde nach den ersten Hinweisen informiert, und welche Schlussfolgerungen wurden von der entsprechenden Behörde oder der Bundesregierung gezogen?
6. Ist der Bundesregierung bekannt, ob Herr T., der über eine Zeitarbeitsfirma bei der Lübecker Hanseservice anheuerte, über eine ARGE an diese Firma vermittelt wurde?

7. Haben ARGEn in Deutschland Personen an Firmen vermittelt, die nun unter dem Verdacht stehen, illegal mit persönlichen Daten gehandelt zu haben?

Wenn ja, bitte die jeweiligen ARGEn und betroffenen Firmen auflisten.

8. Wie viele Personen wurden durch die ARGEn in den vergangenen drei Jahren an so genannte Call-Center-Firmen oder Firmen die auf dem Glücksspielmarkt tätig sind vermittelt (bitte nach Bundesländern und Jahreszahl einzeln auflisten)?

9. Hat die Bundesregierung darüber Kenntnis, wie viele kommunale Meldeämter von der Affäre um Datenklau (SPIEGEL ONLINE vom 29. August 2008) betroffen sind?

Wenn ja, bitte einzeln aufzählen.

10. Hat die Bundesregierung im Fall des Datenklaus in kommunalen Meldeämtern Kontakt zu den Landesinnenministerien aufgenommen, und um Auskunft gebeten?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

11. Hält vor dem Hintergrund des angeblichen Diebstahls von Meldedaten das Bundesministerium des Innern nach wie vor an ihren Plänen zur Einführung eines bundesweiten Melderegisters fest (bitte begründen)?

12. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der Verbraucherschutzzentrale Schleswig-Holsteins, wonach sie belastbare Indizien gefunden hätten, die auf einen illegalen Datenaustausch selbst unter Behörden schließen ließen (Berliner Zeitung vom 21. August 2008)?

a) Sind der Bundesregierung diese Indizien bekannt oder zugeleitet worden, und wenn ja, seit welchem Zeitpunkt?

b) Wenn nein, hat die Bundesregierung die Verbraucherschutzzentrale er sucht, die Daten der Bundesregierung oder ihr nachgeordneter Behörden zu übergeben?

13. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung angesichts der aktuellen Datenschutzskandale vorzuschlagen, um zukünftig die Daten der Bundesbürger besser vor einem illegalen Zugriff zu schützen?

Berlin, den 8. September 2008

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**